Landrat
Walter Brücker
Altdorf

Motion

betreffend der Erarbeitung einer kantonalen Vorlage zum Umweltschutz

Der Schutz der Umwelt stellt eine wichtige Staatsaufgabe dar. Der Bund hat daher eine eingehende Umweltschutzgesetzgebung erlassen, welche durch die Kantone zu vollziehen ist. Die Kantone sind jedoch nicht auf den blossen Vollzug des Umweltschutzrechtes beschränkt. Sie können und müssen verschiedene bundesrechtliche Grundsätze konkretisieren und ergänzen. Der Regierungsrat hat am 14. Juli 1993 den Entwurf des Reglementes zum Bundesgesetz über den Umweltschutz in ein Mitberichtsverfahren gegeben. In diesem Reglement sind die zum Vollzug des Bundesgesetzes und der bundesrätlichen Verordnungen zuständigen kantonalen Behörden bezeichnet und die Verfahren geregelt. Es ist eine Vollzugsliste zuhanden der kantonalen Verwaltung und der Gemeinden und enthält keine materiellen Rechtssetzungen. Der Vollzug des eidgenössischen Umweltrechtes greift in verstärktem Masse in die Belange der Urner Bevölkerung und Wirtschaft ein. Der Kanton Uri ist dagegen als Bergregion existentiell auf einen intakten Lebensraum angewiesen. Aus diesen Gründen ist ein Rechtserlass notwendig, der Anpassungen an die Urner Verhältnisse und Erklärungen des Bundesrechtes enthält und von Parlament und Volk diskutiert, genehmigt und getragen wird.

Gestützt auf Artikel 70 des Landrats-Reglementes wird der Regierungsrat aufgefordert, zuhanden des Landrates eine Vorlage auszuarbeiten, mit welcher das kantonale Umweltschutzrecht umfassend geregelt wird. Dieser Erlass hat namentlich Bestimmungen zu enthalten über

- die Verpflichtung, die natürliche Umwelt und die natürlichen Ressourcen zu schützen und zu erhalten,
- die umweltpolitische Früherkennung und das Recht auf eine intakte Umwelt,
- die Konkretisierung und Durchführung des Verursacherprinzips,
- den qualitativen und quantitativen Bodenschutz,
- den Katastrophenschutz,
- die Förderung und Unterstützung von Pilotprojekten, z.B. im Energie- und Abfallbereich, und
- Strafnormen für bestimmte Verhaltensweisen, insbesondere im Abfallbereich.

Zur Regelung der angesprochenen Umwelt- und Vollzugsprobleme genügt die vom Regierungsrat geplante Revision des Gewässerschutzgesetzes nicht.

Altdorf, 15. November 1993

Begründung

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Der Bund hat nach dem Inkrafttreten des Umweltschutzgesetzes im Jahre 1983 mehrere Verordnungen erlassen, die das Gesetz präzisieren und ausgestalten. Im Gesetz wie in den Verordnungen sind den Kantonen umfangreiche Vollzugsaufgaben übertragen. Die Kantone sind aber keineswegs auf den blossen Vollzug des Bundesrechtes beschränkt. Es finden sich auch im Umweltrecht des Bundes unregelte Bereiche, z. B. in der Lärmbekämpfung. In verschiedener Hinsicht können und sollen die Kantone die verankerten Grundsätze konkretisieren; auch gewisse neue Grundrechte und -pflichten können von den Kantonen aufgenommen werden. - Zu erwähnen ist hier das Verursacher- und Vorsorgeprinzip, worauf ich noch zurückkommen werde, und die Rangordnung der verschiedenen öffentlichen Interessen.

Nachdem die wirtschaftliche Lage nicht mehr so rosig ist und sich nicht mehr alle leisten können, wird versucht, überflüssigen Luxus, wie den Umweltschutz, zuerst zurückzustufen und sogenannte Hemmnisse abzubauen. Soll damit die kurzsichtige Einstellung "Nach uns die Sintflut" in der Politik Einzug halten, obwohl gerade wir längerfristig und nachhaltig denken und handeln müssten?

Der Kanton Uri und seine Bewohner sind auf eine intakte Umwelt angewiesen. Wir können nicht eine Politik der "verbrannten Erde" verfolgen und unseren Lebensraum an einen anderen Ort verpflanzen. Vor allem dürfen wir nicht von anderen verlangen, was wir selbst nicht einhalten wollen.

Aus den erwähnten Gründen genügt es nicht, wenn der Regierungsrat in einem Reglement eine Vollzugsliste der Aufgaben von kantonalen und Gemeindebehörden erstellt. Das kantonale Umweltrecht soll Präzisierungen und konkrete Aussagen, zu alten und neuen Grundsätzen enthalten, kurz gesagt, es soll auch materielles Recht gesetzt werden und "Fleisch am Knochen" sein.

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Ich möchte nun auf einige konkrete Forderungen und Inhalte der Vorlage zu sprechen kommen.

Wir haben als Politiker und Bürger die Verpflichtung, die natürliche Umwelt und die natürlichen Grundlagen zu erhalten. Wir können diese Pflicht nicht einfach nach oben und nach Bern delegieren. Aufgrund der Abhängigkeit und der Nähe des Menschen zur Natur können wir Schäden, an denen wir auch mitschuldig sind, früh erkennen und müssen darauf reagieren können. Nicht nur wir, sondern auch unsere Kinder und Nachkommen haben ein Recht auf eine intakte Umwelt. Dieses Recht ist mindestens den anderen Menschen- und Grundrechten gleichwertig. Was nützt ein Recht auf Arbeit und Wohnung, wenn wir hier nicht mehr leben können?

Mit dem Verursacherprinzip soll nicht nur der Schuldige nach der Tat bestraft werden, sondern der Gesetzgeber muss versuchen, mit positivem Recht statt Verboten Anreize zu schaffen, die Umwelt möglichst wenig als freies Gut zu verbrauchen. Ich denke hier an positive Zielvorstellungen und Vorgaben, Gutschriften und Lenkungsabgaben. Durch solche Vorgaben könnten Innovationen ausgelöst und Arbeitsplätze geschaffen werden. Warum können wir notwendige Beschränkungen nicht für unser Gewerbe und unsere Industrie nutzbar machen und in neue umweltgerechte Technologien investieren? Ohne solche Vorschriften könnte und müsste die MFA nicht Kühlschränke und Altautos in arbeitsintensiven Verfahren entsorgen und der Wiederverwertung zuführen.

Das kantonale Umweltrecht soll nicht sinnvolle Tätigkeiten, verhindern, sondern umweltgerechte Verfahren und Techniken ermöglichen. In der Förderung und Unterstützung von Pilotprojekten im Energie- und Abfallbereich könnte auch Uri einen Beitrag leisten. Ich denke vor allem an die Nutzung der Abwärme von Bahn- und Strassentunnels und an wärmetechnische Sanierungen von Wohn- und Gewerbebauten. Im Abfallbereich habe ich schon Beispiele genannt, die laufen oder in nächster Zeit geplant sind. Trotz den positiven Grundansätzen dürfen Strafnormen nicht fehlen. Im konkreten Fall haben Gemeinden kaum Möglichkeiten, gegen Umweltsünder vorzugehen, die die Luftreinhalte-, und Lärmverordnungen umgehen. Was soll ein Vollzug ohne Sanktion?

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Gemäss Art. 90 der Kantonsverfassung sind dem Volk Gesetze vorzulegen., die Rechte und Pflichten aller oder der meisten Bürger festlegen. Für andere Vorschriften kann der Landrat Verordnungen erlassen. Es wird wohl niemand bestreiten, dass der Zustand und der Schutz unseres Lebensraumes alle Bürger betreffen". Der Regierungsrat ist aufgefordert, zuhanden des Landrates eine Vorlage auszuarbeiten, die die genannten Grundsätze enthält und von Volk und Parlament öffentlich diskutiert, genehmigt und getragen wird. Der Bürger ist nicht gewillt, seinen Lebensraum leichtfertig aufs Spiel zu setzen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

15. Dezember 1993

Dr. W. Brücker